

DGB-Hauptkundgebung 1. Mai 2012 in Stuttgart

Rede

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**GUTE ARBEIT FÜR EUROPA
GERECHTE LÖHNE – SOZIALE SICHERHEIT**

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2012, Redebeginn (ca. 11.10 Uhr)

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist kein Feiertag - für viele Menschen in Europa schon gar nicht.

Jeder zweite Jugendliche in Spanien ist arbeitslos, Millionen von Rentnern in Europa haben Angst vor Altersarmut.

Die Menschen in Griechenland, Portugal oder Italien haben Furcht vor den Diktaten einer Troika, die ihnen sozialen Fortschritt und erkämpfte Arbeitnehmerrechte stehlen will, um Spekulanten und Finanzmärkte zufrieden zu stellen.

Und dennoch, oder gerade deshalb: Der 1. Mai ist unser Tag der Arbeit. Er ist der Tag, an dem wir für die Rechte und unsere Würde als arbeitende Menschen demonstrieren, hier in Deutschland, überall in Europa, auf der ganzen Welt.

Denn wir wissen: Es ist die Arbeit, die Werte schafft.
Es ist die Arbeit, die dem Menschen Würde verleiht.
Es ist die Arbeit, die die Gesellschaft zusammen hält.
Es ist die Arbeit, die Solidarität und Fortschritt ermöglicht.

Anders formuliert: Ohne Arbeit wäre diese Gesellschaft nichts. Und: Ohne gute Arbeit, ohne sozial geschützte Arbeit hat Europa keine Zukunft.

Deswegen lautet unser Motto für diesen 1. Mai: Gute Arbeit für Europa - gerechte Löhne, soziale Sicherheit.

Dafür demonstrieren heute Hunderttausende in unserem Land. Denn wir sind uns einig, dass es so nicht weitergehen darf auf unserem Kontinent.

Sicher, vieles von dem, was uns heute plagt, ist das Resultat falscher Politik. Wer keine Steuern erhebt, wer Korruption zulässt, wer Militäretats aufbläht, wer mit Privatisierung seine Bevölkerung enteignet, wer die Finanzmärkte entfesselt und den Raubtier-Kapitalismus von der Kette lässt, der ist Schuld an der Misere in vielen Ländern Europas.

Denn es sind doch nicht die Menschen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern es sind die gierigen Eliten, die die Staaten ausgeplündert haben und es weiter tun und tun wollen.

Das sind die Gleichen, die uns heute Enthaltbarkeit und Sparsamkeit predigen, die uns unsere Rechte und unseren Schutz nehmen wollen, die den arbeitenden Menschen Armut verordnen, damit sie weiter im Reichtum prassen können.

Und wer meint, das sei modern, dem halte ich entgegen: Schon Heinrich Heine klagte im 19. Jahrhundert über die, die Wasser predigen und Wein trinken.

Kolleginnen und Kollegen,

die Wasserprediger wollen letztendlich zurück zu den sozialen Zuständen Mitte des 19. Jahrhunderts, zu den unsozialen Bedingungen zu Beginn der Industrialisierung in Europa. Die wollen zurückfallen in die Zeit vor Bismarck. Vor der Erfindung der Sozialversicherung.

Früher nannte man das Manchester-Kapitalismus, heute Austeritätspolitik.

Sie wollen also das ökonomische und soziale Geschäftsmodell in Europa zu ihren Gunsten verändern. Und um das zu erreichen, tun sie das, was jede Belegschaft erlebt, wenn die Heuschrecken kommen: Das Management wird ausgetauscht. Sprich: Die Regierungen.

Als Papandreou in Griechenland eine Volksabstimmung ankündigte, gerieten die Führungen der G-20-Staaten Anfang November 2011 in Alarmstimmung. Und die Tage seiner Regierung waren gezählt.

Inzwischen sitzen in den Krisenstaaten im Süden Europas Vertrauensmänner des Finanzkapitals an den Schaltstellen der politischen Macht. Und die City in London und die Wallstreet in New York wachen sorgsam darüber, dass ihnen keine Regierung wirkungsvoll in den Arm fällt.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir wissen, dass es vernünftige Alternativen gibt. Die Alternative zur Förderung von Spekulation und Finanzkapitalismus ist die Regulierung der Finanzmärkte und die Unterstützung der Produktion realer Güter und Dienstleistungen. Und wir lassen uns nicht einreden, dass die Finanz-Transaktionssteuer nichts bringt.

Im Gegenteil: Sie könnte sogar sehr viel bringen. Wir könnten die Spekulation endlich wirksam eingrenzen. Dann wird jeder Knopfdruck, mit dem Spekulanten Milliarden um den Globus jagen, richtig teuer. Und dann würden sich die Wetten für die Finanzhaie auch nicht mehr lohnen.

Der Staat bekäme nicht nur Geld, wenn Ihr Euch eine Brezel kauft, sondern auch dann, wenn die Spekulanten ihre Computer tanzen lassen. Damit könnten wir Konjunkturprogramme finanzieren oder die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

Denn die Alternative zum Niedergang ganzer Volkswirtschaften in Europa sind nicht Sparprogramme, sondern Konjunkturprogramme. Ein milliardenschwerer Marshall-Plan. Deshalb werden wir auch nicht ruhen, bis wir diese Steuer haben. In der Welt, in Europa, in der Euro-Zone, in Deutschland.

In jedem Wahlkampf werden wir Druck machen, denn wir wollen nicht noch einmal erleben, wie ungehemmte Finanzmärkte und unmoralische Spekulanten die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds bringen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Alternative zum Kaputtsparen unserer Volkswirtschaften, die Alternative zum Schuldenmachen ist die Verbesserung der Staatseinnahmen.

Wer über Schuldenbremsen schwadroniert, der sollte den Leuten die Wahrheit sagen: Nämlich, dass man in Wahrheit die Handlungsfähigkeit der Staaten einschränken will und auch den Sozialstaat beschneiden.

Da stellt die Europäische Zentralbank den privaten Banken für ein Prozent Zins eine Billion Euro zur Verfügung. Und diese Banken leihen das Geld dann im Zweifelsfall für sechs, sieben, acht Prozent an die Staaten zurück. Das ist nichts anderes als die systematische Ausräuberung öffentlicher Kassen.

Es wäre allemal sinnvoller und billiger, die Billion direkt den Volkswirtschaften Europas zur Verfügung zu stellen, statt ein marodes Bankensystem zu stützen, das gar nicht daran denkt, aus der Spekulation auszusteigen.

Kolleginnen und Kollegen,

nun sagen uns die Regierungen, wir müssten sparen. Deshalb der unselige Fiskalpakt. Dabei gibt es nur eine vernünftige Möglichkeit, um eine Schuldenbremse überhaupt sozial gangbar zu machen. Die Steuern für Reiche müssen endlich wieder rauf. Jeder muss nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden.

Wir wären ja schon zufrieden, wenn wir im Jahr 2012 die Steuergesetze des Jahres 1999 anwenden könnten. Dann könnten wir in diesem Jahr auf neue Schulden locker verzichten.

Der Fiskalpakt bedeutet im Kern auch weniger Demokratie. Die Alternative zu weniger Demokratie in Europa, zur Entmachtung der Parlamente, zur Herrschaft von Eliten ist eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, von dem ich allerdings auch erwarte, dass es sich endlich mal wirkungsvoll zu Wort meldet.

Kolleginnen und Kollegen,

als wir nach der Lehman-Pleite dieses Land, unser Land, aus der Krise geführt haben, haben wir das nicht getan mit Sparprogrammen und Abbau von Arbeitnehmerrechten.

Im Gegenteil. Wir haben Geld in die Hand genommen für das Konjunkturprogramm II, für die Abwrackprämie, für Kurzarbeit, für die Rettung von Klein- und Mittelbetrieben. Niemand hat gewagt, an Arbeitnehmerrechte heran zu gehen, weil alle wussten, es geht nur gemeinsam. Ohne uns, ohne die arbeitenden Menschen, kann man kein Land aus der Krise führen.

Und jetzt soll das alles bei der Rettung Europas nicht mehr wahr sein? Jetzt will man prekäre Arbeit fördern, Mindestlöhne kürzen, Arbeitnehmerrechte schleifen, die Tarifautonomie außer Kraft setzen. Was für ein ökonomischer Blödsinn! Was für eine ideologische Verbohrtheit! Neoliberale Politik ist falsch und bleibt falsch, überall auf der Welt.

Kolleginnen und Kollegen,

gar mancher hat sich öffentlich gewundert, dass sich die Gewerkschaften im vergangenen Herbst vehement für die Stützung des Euros eingesetzt haben. Ich habe dieses Wundern nicht verstanden. Denn wir haben das getan, um die gemeinsame Währung und das Projekt Europa zu stützen. Und nicht, um den Marktliberalen zu helfen.

Welche gute Alternative gibt es denn auch zu einem Europa des Friedens, der wirtschaftlichen Prosperität und des sozialen Fortschritts - übrigens auch im deutschen Interesse.

Niemand sollte glauben, wir lebten in einem Meer der Krise auf der Insel des immer währenden Wohlstands. Wenn Europa krank ist, wird Deutschland nicht gesund bleiben. Wenn es Europa schlecht geht, kann es Deutschland auf Dauer nicht gut gehen.

Derzeit geht es uns gut. Vordergründig.

Nur leider wird verschwiegen, dass das so genannte deutsche Beschäftigungswunder damit bezahlt wird, dass ein Viertel der Menschen in diesem Land zu Hungerlöhnen arbeiten muss und von der Arbeit nicht leben kann.

Es wird verschwiegen, dass der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit millionenfach, Tag für Tag in den Betrieben mit Füßen getreten wird. Es wird verschwiegen, dass Frauen, auch gut qualifizierte Frauen, abgedrängt werden ins Präkariat, in Minijobs und Arbeitsplätze, die subventioniert werden mit dem gleichzeitigen Bezug von Hartz IV.

Es wird verschwiegen, dass versucht wird, gut tarifizierte Arbeitsplätze dadurch unter Druck zu setzen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in vielen Industriebetrieben für 30 oder 40 Prozent weniger Lohn schuftet müssen.

Das ist nicht die Arbeitsgesellschaft, die wir wollen. In Deutschland nicht und in Europa nicht.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. In der Familien gefördert werden mit Kinderbetreuung und Schulen und nicht abgespeist werden mit einer reaktionären Herdprämie.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Arbeit geachtet und anständig bezahlt wird. Deswegen kämpfen wir für den Mindestlohn von 8,50 Euro. Nicht weil wir meinen, dass man davon gut leben kann. Aber weil wir wissen: Das ist das Mindeste, das ein arbeitender Mensch braucht, um sich selbst über die Runden zu bringen. Für eine Familie reicht das immer noch nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden nicht locker lassen, bis wir diesen Mindestlohn durchgesetzt haben. Einen Mindestlohn, der die unterste Lohngrenze in Deutschland ist. Einen Stundenlohn, von dem jeder weiß, darunter darf und wirst du nicht arbeiten.

8,50 Euro die Stunde - das ist Beton. Darunter geht gar nichts. Weder auf dem ersten noch auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt.

Übrigens ist der Mindestlohn auch kein Ersatz für anständige Tarife. Eine gute Tarifpolitik, die den Namen wirklich verdient, hört ja auch bei 8,50 Euro nicht auf. Sondern fängt weit darüber an.

Und wir müssen alles tun, die Tarifautonomie zu sichern, die Tarifbindung auszubauen und die Allgemeinverbindlichkeit von Branchentarifverträgen zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden in diesen Wochen und Monaten erleben, wie man versucht, uns zu ködern mit halbseidenen Kommissionen und schrägen Argumenten. Wir werden eine Neuauflage einer Politik erleben, die nichts tut, sondern nur so tut als ob.

Und da sage ich Arbeitgebern und Regierung: Schon der Versuch ist strafbar. Wir lassen uns nicht hinter die Fichte führen. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der ständig unterlaufen werden kann und der unter 8,50 Euro liegt, ist für uns absolut unannehmbar.

Wir bleiben hart, auch bei der Leiharbeit. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Für Stammbeschafteten und Zeitarbeit.

Und wenn wir das jetzt nicht kriegen, dann führen wir den Kampf eben noch ein Jahr weiter. Dann machen wir das zum Thema des Bundestagswahlkampfes und spätestens dann werden wir uns durchsetzen. Da bin ich mir ganz sicher.

Übrigens brauchen wir auch deshalb gute Löhne, weil die Bezahlung von heute über die Renten von morgen wesentlich mitbestimmt.

Nach Jahrzehnten der Massenarbeitslosigkeit, nach der Massenverbreitung prekärer Arbeit in unserem Land, in einer der reichsten Volkswirtschaften dieser Erde, wissen wir doch, dass Altersarmut für Millionen von Menschen vorprogrammiert ist.

Und um das noch zu toppen, wird Stück für Stück die Rente mit 67 eingeführt, die für die Betroffenen nichts anderes ist als eine Rentenkürzung.

Kolleginnen und Kollegen,

mit einer solchen Sozialpolitik werden wir uns nicht abfinden. Und auch nicht unseren Frieden machen. Sicher, die Rente mit 67 ist Gesetz, aber sie ist trotzdem falsch und schlechte Gesetze kann man durch bessere ersetzen.

Es gibt doch vernünftige Lösungen, um Menschen vor Altersarmut zu bewahren. Dazu gehört die Sicherung und Stärkung des Systems der gesetzlichen Rente, dazu gehören verbesserte

Bedingungen für die Erwerbs-Minderungsrente, dazu gehört eine staatlich geförderte Alters-Teilzeit. Es gibt gute Teil-Rentenmodelle.

Nur ist das alles nicht zum Null-Tarif zu haben. Deswegen sind wir gegen Beitragssenkungen, denn die sind die Rentenkürzungen von Morgen.

Deswegen sind wir für anständige Löhne, denn die bringen die guten Renten von morgen.

Apropos anständige Löhne: Nach Jahren von Reallohn-Verlusten in vielen Bereichen unserer Wirtschaft, nach Jahren der gemeinsamen Anstrengungen, dieses Land durch die Krise zu führen, Firmen und Arbeitsplätze zu retten, sind wir jetzt dran!

Wir brauchen gute Tariferhöhungen und dafür kämpfen wir. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen. Ohne deren Einsatz und massive Warnstreiks wäre der gute Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nicht möglich gewesen.

Wir stehen jetzt solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei der Telekom, die sich in einer harten Tarifauseinandersetzung befinden und wird blicken mit Solidarität und Zuversicht auf den jetzt beginnenden Tarifkampf in der Metall- und Elektroindustrie.

Natürlich wissen wir um die Kampfkraft der IG Metall. Wir sind stolz darauf. Und dennoch wissen wir: Auch diese Tarifrunde wird kein Selbstläufer. Nicht beim Lohn und schon gar nicht, wenn man auf die Forderungen zur sozialen Absicherung der Leiharbeiter oder der unbefristeten Übernahme der Ausgebildeten schaut.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, der alte Slogan „Solidarität ist unsere Kraft“ ist kein angestaubter Ladenhüter, sondern auch in den Tarif-Auseinandersetzungen der anderen Branchen Aufforderung zum gemeinsamen Handeln.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss: Etwa 50 Kilometer von hier entfernt wurde am 25. April 2007, also vor fast genau fünf Jahren, die Polizistin Michèle Kiesewetter ermordet. Sie wurde erschossen von einer Nazi-Mörderbande, wie acht andere Menschen zuvor. Und wir wissen alle nicht, ob es nicht noch mehr Nazis im Untergrund gibt, die gemordet haben oder weiter morden.

Und selbst wenn sie nicht morden, versuchen sie Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie tun harmlos auf Volksfesten, führen sich auf wie harmlose Bürger und kaschieren so, was sie in

Wahrheit sind: Menschenverachtende Ausländerhasser, verbohrt Feinde unserer Demokratie, Rassisten, Antisemiten, die nichts begriffen haben.

Diesen braunen Sumpf müssen wir austrocknen. Wir werden denen die Stirn bieten, wo immer sie es wagen, ihr Gift zu verspritzen. Mörder und Menschenverächter müssen bestraft werden.

Wir suchen mit denen auch keine geistige Auseinandersetzung. Ewig Gestrige kann man nicht bekehren, die muss man bekämpfen. Bei Menschenverachtung gibt es auch keine Toleranz. Und eine Demokratie, die sich ernst nimmt, bekämpft ihre Feinde, statt sie direkt oder indirekt zu finanzieren.

Deshalb fordern wir das Verbot der NPD und aller ihrer Tarn- und Nachfolgeorganisationen. Deswegen wollen wir, dass energisch gegen alte und neue Nazis vorgegangen wird, statt die jungen Leute zu gängeln und jenen Initiativen das Leben schwer zu machen, die gegen die Nazis kämpfen.

Wir jedenfalls stehen dafür: Gewerkschaften werden überall Demokratie und Freiheit verteidigen. Nazis dürfen in diesem Land keine zweite Chance haben.

Und die Rechtsradikalen in Europa müssen zurück gedrängt werden. Unser Europa muss sozial sein, demokratisch und frei. Europa braucht gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.
